

RUNDBRIEF Nr. 111
November 2001

25 Jahre VDBIO
1976 - 2001

Rückblick, Ereignisse, Informationsmaterial:
www.vdbio.ch

INHALT

<u>Titel</u>	<u>Seite</u>
Einleitung	3
Bericht über Berlin-Veranstaltung	4
Rede von Staatsminister Dr. Ludger Volmer	10
Bankgebühren bei Überweisungen aus der Schweiz nach Deutschland	14
Personalien	15
Hinweis auf Mitgliedsbeiträge und Homepage	16

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Mittelpunkt dieses Rundbriefs steht unsere Jubiläumsveranstaltung in Berlin, die von den Veranstaltern, Auswärtiges Amt und VDBIO, als wichtiger erster Schritt zu einer engeren Zusammenarbeit in Fragen der deutschen Personalpolitik in den internationalen Organisationen der Vereinten Nationen, dem CERN und den Bretton-Woods-Institutionen gesehen wurde.

In einem zweiten Schritt geht es nun darum, dem von allen Teilnehmern beschworenen `NetzwerkA Gestalt zu geben. Wir können ein solches Netzwerk sicher nicht von heute auf morgen weltumfassend aufbauen, aber wir können an den einzelnen Dienstorten und den jeweiligen Organisationen mit der Arbeit beginnen, indem wir die Kontakte mit der Vertretung und unseren VDBIO-Verbindungsleuten und Arbeitskreissprechern intensivieren und auf eine festere institutionelle Grundlage stellen.

Mit dem Protokoll sowie dem Redetext von Staatsminister Volmer, der leider in letzter Minute verhindert war, und meinem Beitrag finden Sie weitere Einzelheiten zu dieser Veranstaltung in Berlin in diesem Rundbrief. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch diejenigen, die nicht an dieser Veranstaltung teilnehmen konnten, dazu einladen, die Möglichkeit zu nutzen, in Form eines Leserbriefs oder einer spontanen E-mail an den Verband ihre Meinung zu den diskutierten Themen anzubringen.

Damit sind wir auch wieder beim (auch in anderen Vereinen und Verbänden) schwierigen Thema der Mitarbeit und des Engagements der Mitglieder. Wir können auch die relativ bescheidenen ersten Schritte zum Aufbau eines `deutschen NetzwerksA nur tun, wenn sich möglichst viele Mitglieder aktiv beteiligen, ihre Kollegen und uns mit Informationen versorgen, ihre organisationsspezifischen Kenntnisse einbringen, etc. Solidarität und Zusammenhalt kann viel bewirken. Hierzu gehört allerdings auch, liebe Mitglieder, an die rechtzeitige Zahlung der Jahresbeiträge für 2002 und eventueller Rückstände aus den Vorjahren zu denken. Der VDBIO kann seine Aufgaben nur dann erfüllen bzw. sein Tätigkeitsfeld erweitern, wenn ihm entsprechende Mittel zur Verfügung stehen. Der Ihnen abgeforderte Beitrag ist im übrigen im Vergleich zu anderen Verbänden mit ähnlichen Zielsetzungen sehr niedrig. Wir könnten noch mehr Aufgaben in Angriff nehmen, wenn noch weitere Mitglieder in den Arbeitskreisen und im Vorstand aktiv mitarbeiten würden.

Vor allem aber möchte ich Sie, liebe Mitglieder, bitten, Ideen einzubringen, von denen Sie glauben, daß der Verband sie behandeln sollte, oder auch Vorschläge, wie die Verbandsarbeit ergiebiger werden könnte, wobei auch konstruktive Kritik gern angenommen wird.

In diesem Sinne wünscht der Vorstand Ihnen und Ihren Familien ein schönes Weihnachtsfest und ein friedvolles Neues Jahr.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Paneldiskussion „Chance Vereinte Nationen“ aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Verbandes in Berlin

Das Problem der angemessenen Repräsentanz qualifizierter deutscher Mitarbeiter(innen) im VN-System und den Entwicklungsbanken beherrschte die gemeinsam vom Auswärtigen Amt (AA) und dem VDBIO veranstaltete Paneldiskussion aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des VDBIO in Berlin (8. Oktober 2001). Diese Veranstaltung geht auf eine Initiative des Vorstands des VDBIO zurück, der das Jubiläum des Verbandes mit einer zusätzlichen Veranstaltung neben der jährlichen Mitgliederversammlung in Genf angemessen begehen wollte.

Als Moderator stellte Herr **Mützelburg (AA)** zunächst die Teilnehmer des Panels vor: die Herren Klaus Bräunig (Bundesverband der deutschen Industrie, BDI), Klaus Haftendorn (VDBIO), Dr. Matei Hoffmann (AA), Prof. Dr. Klaus Hüfner (Freie Universität Berlin), Christoph Moosbauer (MdB und Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses Vereinte Nationen), Wolfgang Stöckl (AA) und Dr. Mathias Weiter (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, BMZ).

Er begrüßte die Teilnehmer der Veranstaltung und bedauerte, daß Staatsminister Volmer (AA) aufgrund der aktuellen Lage nicht wie vorgesehen an der Veranstaltung teilnehmen konnte. Er gab Herrn Haftendorn das Wort, dessen Beitrag wir an dieser Stelle wörtlich wiedergeben:

Impulsreferat von Herrn Haftendorn

„Die Tätigkeit bei einer Internationalen Organisation ist eine faszinierende Aufgabe, die dem internationalen Bediensteten Ansehen verleiht, das durch fundiertes Fachwissen, sozio-kulturelles Einfühlungsvermögen und die Bereitschaft, sein eigenes Land für die Dauer seiner Tätigkeit zu verlassen, erworben wird.

Mit dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen im Jahre 1973 konnten erstmals Deutsche in grösserer Zahl in den Vereinten Nationen tätig werden. Die Bundesregierung wurde aufgrund ihrer Wirtschaftskraft und Bevölkerungszahl zum drittgrössten Beitragszahler. Diese spiegelte sich aber weder in einer angemessenen Repräsentanz der deutschen Bediensteten wieder, noch in der politischen Einflussnahme in den VN-Gremien. Deutschland war damals ein wirtschaftlicher Riese, aber ein politischer Zwerg.

Bald nach dem Beitritt der Bundesregierung wurde der VDBIO von deutschen Beamten bei internationalen Organisationen des VN-Systems gegründet; das war vor 25 Jahren. Der VDBIO sah die Notwendigkeit, die jeweiligen Regierungen der Bundesrepublik Deutschland auf Probleme aufmerksam zu machen, die sich für Deutsche in der Heimat aufgrund ihrer Tätigkeit bei einer Internationalen Organisation ergeben, und die Regierungen aufzufordern, für Abhilfe zu sorgen. Diese Notwendigkeit besteht bei einer Reihe von Problemen noch heute.

Ein internationaler Bediensteter darf von seinem Status her keinerlei Weisung von einer nationalen Regierung erhalten, das heisst aber nicht, dass er die VN-Politik seines Herkunftslandes, wenn sie im Sinne der VN-Charta erfolgt, nicht unterstützen und darüber hinaus sein Herkunftsland bei der Formulierung dieser Politik beraten kann.

Deutsche VN-Politik

In seiner Rede zum Milleniums-Gipfel hat Bundeskanzler Schröder die Aufgabenschwerpunkte, die die Vereinten Nationen aus der Sicht der Bundesregierung wahrnehmen sollte, folgendermassen umschrieben:

- Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit als die unveränderte Schlüsselaufgabe der Weltorganisation.
- Sicherung und Stärkung der Menschenrechte als wichtige Voraussetzung für Frieden und Stabilität.
- Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts im Hinblick auf eine wirksame Armutsbekämpfung.

Die Weltorganisation kann diese Aufgaben aber nur wahrnehmen, wenn diese auf eine dauerhafte solide finanzielle Grundlage gestellt wird. Hierzu Bundeskanzler Schröder:

*Jeder Mitgliedsstaat ist aufgerufen, sich im Rahmen seiner finanziellen Leistungskraft und ohne Bedingungen an der Finanzierung der Weltorganisation zu beteiligen. **Die Vereinten Nationen sind wir alle!** Jeder kann und sollte seinen Beitrag zu einer handlungsfähigen Weltorganisation im 21. Jahrhundert leisten. Deutschland wird sich dieser Verantwortung nicht entziehen!*

Die deutsche VN-Politik lässt viele Chancen ungenützt

Deutschland ist mit knapp 10% Anteil an dem VN-Budget der drittgrösste Beitragszahler. Zur Zeit arbeiten ca. 730 Deutsche bei den Internationalen Organisationen des VN Systems, d.h. knapp 4% des gesamten Personals im höheren Dienst. Der Anteil könnte ohne weiteres doppelt so hoch sein, ohne dass die Quote durch die sog. geographische Verteilung überschritten würde.

Derzeit sind 700 Deutsche im VDBIO organisiert, die bei den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen, Sonderorganisationen, sowie der Weltbank, IMF, internationalen Entwicklungsbanken und dem Europäischen Labor für Teilchenphysik (CERN) tätig sind bzw. tätig waren. Diese verfügen über ein gebündeltes Mass an Wissen und Erfahrung, das in der Vergangenheit von den verschiedenen Bundesregierungen nur selten genutzt wurde.

Wenig Interesse besteht auch für die besondere Situation dieser Bediensteten, deren rechtlicher Status dem eines "Auswanderers" gleicht. Daraus ergeben sich bei der Tätigkeit in Internationalen Organisationen eine Reihe von Problemen, insbesondere in Bezug auf Wohnsitz, Wahlrecht, Sozialversicherung, Wiedereingliederung, Laufbahnentwicklung für entsandte Beamte, Schul- und Berufsausbildung der Kinder, deren Aussichten sowie

Arbeitsmöglichkeiten des Ehepartners.

Ausserdem haben sich in den letzten Jahren restriktive Massnahmen im VN-Gehalts- und Pensionssystem negativ auf die Attraktivität des internationalen Dienstes ausgewirkt. Die Folge all dieser Faktoren ist eine rückläufige Zahl der deutschen Beschäftigten in den VN. Wenn dieser Trend nicht umgekehrt wird, dann wird

Deutsche VN-Politik bald ohne Deutsche in den VN

gemacht. Die Bundesregierung sollte daher ein grosses Interesse an einer starken Präsenz Deutscher in Internationalen Organisationen haben, da auf diese Weise deutsche Positionen zur VN-Politik wirksam innerhalb der Organisationen vertreten werden können.

Die Gründe dafür, dass die deutsche Präsenz in den VN gering ist, sind vielfältig und sollen hier nur kurz aufgelistet werden.

- Unsicherer Arbeitsplatz, fehlende Wiedereingliederungshilfe in den deutschen Arbeitsmarkt,
- allenfalls durchschnittliche Bezahlung im Vergleich mit ähnlichen Positionen in internationalen Firmen, in Weichwährungsländern unterdurchschnittliche Bezahlung, seit über 10 Jahren keine realen Gehaltssteigerungen, Beschäftigungsverbot von Ehepartnern in Sitzstaaten der VN,
- bessere Gehälter in Deutschland sowohl als Beamter in vergleichbarer Auslandsverwendung als auch in der Industrie, doppeltes Einkommens durch berufstätige Ehefrau
- Verlust von Rechten als Deutsche, da die durch die VN-Tätigkeit bedingte Wohnsitzverlagerung ins Ausland zu einem ausländischen Arbeitgeber mit einer Auswanderung gleichzusetzen ist.
- unzureichende Lebensbedingungen für die Familie in Entwicklungsländern.
- Geringe Karriereaussichten innerhalb der Organisationen durch:
 - Stellenabbau bei den Organisationen,
 - erhebliche Konkurrenz bei höheren Positionen durch andere Nationalitäten mit besserer Unterstützung durch ihre Regierungsvertreter sowie Bewerbungen von häufig nicht ausreichend qualifizierten Quereinsteigern, gesponsert von deutschen Behörden.

Massnahmen zur Verbesserung der deutschen Präsenz in den VN

Der VDBIO begrüsst die Massnahme der Bundesregierung, die Koordinierungsstelle für Internationales Personal KIP im AA durch einen Koordinator im Botschaftsrang zu stärken und diesen direkt unter der Staatssekretärebene anzusiedeln.

Eine wirksame Koordinierung setzt allerdings voraus, dass ein Mechanismus geschaffen wird, der gewährleistet, dass

- die Unterstützung deutschen Personals auf allen Ebenen (von P1 bis USG) erfolgt.
- Diese Unterstützung auch kurzfristig aktiviert werden kann
- die Fachministerien an die Weisungen des Koordinierungsgremiums gebunden sind.

Zur Änderung dieser Situation schlägt der VDBIO einen Massnahmenkatalog vor, der kurz-, mittel- und langfristig mit entsprechender Wirkung implementiert werden kann :

Kurzfristig

Schaffung eines anderen Ministerien gegenüber weisungsbefugten Koordinierungsmechanismus für VN-Angelegenheiten, insbesondere für Personalförderung.

Einrichtung eines Konsultationsmechanismus zwischen KIP und VDBIO zur besseren Abstimmung bei Beschäftigungs- und Personalangelegenheiten Deutscher im VN-System.

Verstärkung der Personalkapazitäten und Kommunikationsmittel des BFIO (Büro für Führungskräfte zu internationalen Organisationen), z. Zt. der ZAV zugehörig.

Enge Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle.

Erhöhung der Mittel für das Beigeordnete-Sachverständigen-Programm (BS) des BMZ.

Einbeziehung von Fachhochschulabgängern in das BS-Programm und die Vermittlung durch das BFIO.

Verstärkte Unterstützung der Beigeordneten Sachverständigen bei der Übernahme in den VN Dienst.

Intensive *good-will*- Pflege bei internationalen Organisationen durch Besuche von Ministern, Bundeskanzler, Bundespräsident bei den Generaldirektoren zu besonderen Veranstaltungen und Einladung der Generaldirektoren nach Deutschland.

Strategische Auswertung der VN-Beschäftigten-Statistiken und intensives Lobbying der jeweiligen Vertretungen für die Einstellung oder Förderung deutscher Bediensteter.

Nutzung des *Know-how* des VDBIO über die Personalsituation der Internationalen Organisationen.

Der APIO (Arbeitskreis für Personal in Internationalen Organisationen) sollte sich nicht nur um die Förderung von Bundesbeamten kümmern, sondern alle internationalen Beamten miteinbeziehen.

Austauschprogramme bis zu 6 Monaten zwischen nationalen Behörden und internationalen Organisationen vereinbaren (Beispiel ILO/Frankreich und ILO/Japan).

Mehr Programme ausserhalb der Regelbeiträge finanzieren, mit denen Bedingungen verknüpft werden können, z.B. über Programme der technischen Zusammenarbeit von internationalen Organisationen.

Mittelfristig

Ausarbeitung und Einführung einer Personalpolitik, die auf allen Rängen (vom Einsteiger bis zu höchsten Positionen) sowohl die internationalen Beamten als auch die Quereinsteiger aus nationalen Behörden berücksichtigt.

In wichtigen Organisationen mit hohem Beitragsanteil auf maximale Ausschöpfung der geografischen Verteilung drängen und dabei auf eine entsprechende Besetzung der verschiedenen Hierarchiestufen achten.

Förderung der Besetzung von strategischen Positionen auch in mittleren Führungsebenen wie z.B. im Kabinett der Generaldirektoren oder in der Personalabteilung.

Das „Spiralmodell“ auch auf internationale Beamte anwenden, damit ein Erfahrungsaustausch zwischen nationalen und internationalen Institutionen stattfindet.

Besetzung von strategischen Positionen auch in mittleren Führungsebenen, wie z.B. im Kabinett des Generaldirektors oder in der Personalabteilung.

Die Arbeitsbedingungen für internationale Beamte attraktiver gestalten, z.B.

- bessere soziale Absicherung, z.B. Zugang zur Arbeitslosenversicherung
- Verbesserung der Vertragsbedingungen (Langfristverträge und Gehaltsbedingungen) des „common system“ durch entsprechende Einflussnahme der deutschen Vertreter in den entsprechenden Gremien
- Anpassung an die höheren Lebenshaltungskosten der, nach Beendigung des internationalen Dienstes, ausgezahlten Ausgleichszahlung für Dienstzeiten in Überseeländern.
- Überbrückungsbeihilfe als Kompensation zur fehlenden Arbeitslosenversicherung der VN-Bediensteten.
- Schaffung eines besonderen Status für Deutsche im VN-System durch rechtliche Gleichstellung mit Inlandsdeutschen in Bereichen wie Wahlrecht, soziale Absicherung etc.

Langfristig

Positive Meinungsbildung bei der Bevölkerung über die VN durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit.

Verlagerung weiterer Organisationen der VN nach Deutschland.

Besondere Studiengänge für Karrieren in Internationalen Organisationen.

Überprüfung der Nachhaltigkeit von Maßnahmen zur Unterstützung deutscher Mitarbeiter (langfristige Karriereplanung).

Lassen Sie mich in einem Schlußwort noch einmal auf die seit 1990 im Trend rückläufige Personalentwicklung in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen zurückkommen. Sowohl quantitativ aber auch was die Position der deutschen Mitarbeiter in den Organisationen betrifft, stehen die Deutschen mehr am unteren Ende der Skala.

Der VDBIO steht mit seinen Erfahrungen und seinem Wissen bereit, eine Koalition mit den

relevanten Partnern in Deutschland zu schaffen, um diese Entwicklung umzukehren.“

Herr **Mützelburg (AA)** dankte Herrn Haftdorn für seine Ausführungen und betonte, daß er “viele aufgeschrieben und verinnerlicht” habe. Er erteilte dem Koordinator der deutschen Personalpolitik im AA, Botschafter Dr. Hoffmann das Wort.

Dr. Hoffmann (AA) erinnerte daran, daß der Deutsche Bundestag die Bundesregierung aufgefordert habe, die personelle Repräsentanz Deutschlands in den internationalen Organisationen zu verbessern. Er stimmte Herrn Haftdorns Ausführungen weitgehend zu, betonte aber, daß er Werbung und Öffentlichkeitsarbeit als kurzfristige Ziele ansehe. Er verwies auf erste praktische Maßnahmen zur Verbesserung der deutschen Repräsentanz wie den vom AA initiierten Vorbereitungskurs für den VN-Auswahlwettbewerb, der zum ersten Mal im Dezember 2001 stattfinde. Er zeigte sich auch erfreut darüber, daß seine Stabsstelle als Koordinator um eine Person erweitert wurde. Bedauerlich seien die fehlenden Mittel für die Umsetzung des “Spiralmodells”, das er weiterhin als nützlich ansehe.

Dr. Weiter (BMZ) bedauerte, daß die Mittel für das Programm “Beigeordnete Sachverständige” gekürzt worden waren, für das nächste Jahr sei jedoch eine Erhöhung um 10 % vorgesehen. Er setzte sich auch für eine Förderung des “Mittelbaus” in den Organisationen ein und eine Koordination deutscher Bewerbungen durch die deutsche Botschaft vor Ort. Zu fördern sei auch das Selbstverständnis der Bediensteten als Deutsche und natürlich müsse man auch an eventuelle Rückkehrer nach Deutschland denken.

Herr **Moosbauer (BT-Unterausschuß VN)** verwies auf einen Antrag seines Unterausschusses zur Arbeit der VN, dessen erster Punkt auf die Verbesserung der Personalsituation ziele. Er lobte den VDBIO als wichtige Informationsquelle, die seine Arbeit der kontinuierlichen Bewußtseinsbildung bei den Abgeordneten erleichtere.

Herr **Bräunig (BDI)** betonte das gemeinsame Interesse der deutschen Wirtschaft und Politik an diesen Fragen. Deutschland nutze seine personalpolitischen Chancen nicht genügend, es habe in den letzten Jahren auch keine wesentlichen Veränderungen bei dieser Problematik gegeben. Es habe einer zehn Jahre langen Diskussion bedurft, bis es zu ersten Anzeichen einer Umsetzung der Idee eines “Stellenpools” im Rahmen der Koordinierungsstelle im AA gekommen sei. Es komme darauf an, ein funktionierendes Netzwerk mit allen Beteiligten zu schaffen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die “Berliner Initiative” des Tönissteiner Kreises und daß es wohl noch ein langer Weg sei bis zu einer Koordinierungsstelle, die über das AA hinaus Weisungsbefugnisse hätte.

Prof. Hüfner (FU Berlin) forderte mehr deutsches Engagement in der VN-Politik, das dann auch mehr Interesse an einer Tätigkeit bei den VN wecken werde. Die VN seien eben auf der Tagesordnung der Regierung eher das “Schlußlicht”. Er verwies auf die Widersprüche der Politik, die z.B. dem Ziel, 0,7 % des Haushalts für Entwicklungshilfe zu verwenden, nicht näher komme. Personalpolitik und inhaltliche Arbeit gingen Hand in Hand, freiwillige Beiträge seien auch ein Vektor der Personalpolitik. Man könne allerdings die Situation nicht verallgemeinern, hier seien organisationspezifische Profile nötig.

Herr **Mützelburg (AA)** sah den 11. September als große Chance für eine verstärkte Hinwendung zum Multilateralismus, auch wenn die Diskussion um den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag die Grenzen zeige. Er verwies auf die fortbestehenden Koordinationsprobleme zwischen den Ressorts, aber auch darauf, daß die Steinmeier-Runde im Bundeskanzleramt immer weiter greife.

Anschließend schloß er die Paneldiskussion und gab den ca. 100 Teilnehmern der Veranstaltung Gelegenheit, sich zu Wort zu melden.

Herr **Brendow** betonte, daß es letztlich mehr auf die Motivation als die oben diskutierten Probleme ankomme. Alle Verbesserungsvorschläge seien nur am Rande wirksam, solange die Arbeit finanziell uninteressant bleibe, da Deutschland seit mindestens zehn Jahren auch in den VN auf Sparkurs gegangen sei.

Herr **Stöckl (AA)** bestätigte den Sparkurs, dies gelte aber nicht für die deutsche Position in Bezug auf die Beschäftigungsbedingungen.

Herr **Dr. Hoffmann (AA)** verwies auf die verbesserte deutsche Repräsentanz im VN-Sekretariat. Man sei im übrigen zunehmend auf Kandidaten angewiesen, die nicht aus dem öffentlichen Dienst stammen. Es sei wichtig, bereits im Vorfeld deutsche Bewerbungen vorzubereiten.

Herr **Bonte-Friedheim** verwies darauf, daß die Sonderorganisationen als "Spielfeld" für Beamte aus dem öffentlichen Dienst angesehen werden. Man solle stärker personalpolitische Forderungen mit Beitragszahlungen verbinden und Förderungsprogramme von ausreichender Dauer (Beigeordnete Sachverständige) auflegen...und mehr auf den Rat der Pensionäre hören.

Herr **Klaus** mahnte als Vertreter der Stiftung Deutsche Entwicklungspolitik ein positives personalpolitisches Konzept an.

Herr **Bräunig (BDI)** nahm noch einmal den Netzwerk-Gedanken auf (unter Hinweis auf Senior-Experten, Alumni-Kreise etc.) und betonte die Notwendigkeit, immaterielle Bindungen dieser Art zu schaffen.

Herr **Preusser (AK Wien)** betonte, wie wichtig die Unterstützung der deutschen Botschaft für Bewerber ist. Die Vorbereitungskurse des AA seien keine neue Idee, man habe dies bereits früher schon einmal gemacht.

Frau **Jürgens (AK Paris)** führte die Gedanken von Herrn Bräunig weiter, indem sie sich für "mentorship" am Arbeitsplatz einsetzte.

Herr **Reinhart** berichtete kurz über die Aktivitäten der Robert-Bosch-Stiftung und der Studienstiftung des deutschen Volkes (Praktikanten-Programm in internationalen Organisationen).

Dr. Hoffmann (AA) faßte die in seinen Augen wichtigsten Ansätze so zusammen:

1. Ausbau des Programms "Beigeordnete Sachverständige"
2. Personalsachen sind Chefsache (Botschafterebene)
3. Bildung von Netzwerken (Carlo-Schmid-Programm, Beigeordnete Sachverständige...bis hin zu Bildung eines Stellenpools)

Herr **Haftendorn** machte in einem Schlußwort das Angebot, den VDBIO und sein "Humankapital" als Schnittstelle zwischen VN und Außenwelt besser zu nutzen.

Im Anschluß an die Diskussion lud das Auswärtige Amt die Teilnehmer zu einem kleinen Empfang ein, bei dem sich die Gelegenheit bot, das eine oder andere Thema noch einmal im persönlichen Gespräch zu vertiefen. Die Jazzkapelle des Auswärtigen Amtes trug mit ihrem Schwung nicht unwesentlich zum Gelingen dieser Veranstaltung bei.

Rede von Staatsminister Volmer zum 25jährigen Bestehen des VDBIO (Verband deutscher Bediensteter bei Internationalen Organisationen der Vereinten Nationen)

Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich freue mich, Sie heute im Auswärtigen Amt zu dieser Jubiläums-Veranstaltung aus Anlass des 25-jährigen Bestehens des VDBIO begrüßen zu dürfen. Namens der Bundesregierung gratuliere ich Ihnen herzlich, nicht nur zum Jahrestag, sondern auch zu dem, was der Verband in diesen 25 Jahren für die deutschen Mitarbeiter Internationaler Organisationen und damit zugleich auch für die Wahrnehmung deutscher Interessen in den Internationalen Organisationen erreicht hat.

Es gibt in diesen Tagen kein Ereignis, das nicht unter dem Schatten der schrecklichen terroristischen Anschläge des 11. September stünde. Gerade Sie als Mitarbeiter der Vereinten Nationen sind von den Schockwellen der Attacken direkt betroffen: der Angriff auf das World Trade Centre in New York führte zur Verschiebung der diesjährigen Generaldebatte. Mitarbeiter der VN wurden in Afghanistan durch das Talibanregime bedroht, während die humanitäre Hilfe der VN anlief, um der fliehenden afghanischen Zivilbevölkerung in den Grenzregionen zu den Nachbarstaaten Beistand zu leisten.

Die VN spielen eine zentrale Rolle bei der Entwicklung einer globalen und nachhaltigen Strategie gegen den internationalen Terrorismus. Sicherheitsrat und Generalversammlung der VN haben mit der Verabschiedung von zwei Konsensresolutionen bereits am Folgetag der Terrorattacken entschlossen reagiert. In Folge hat der Sicherheitsrat ein Bündel von Maßnahmen beschlossen und die Staatengemeinschaft unter Kap. VII der Charta darauf verpflichtet.

All dies wirft auch ein Schlaglicht auf die Bedeutung Ihrer Arbeit in den VN und die oft schwierigen Rahmenbedingungen, die Sie in aller Welt dafür vorfinden. Akut bedroht sind in erster Linie VN-Mitarbeiter bei Einsätzen in Krisengebieten. Dies betrifft insbes. die Bediensteten des UNHCR, OCHA, WFP und UNWRA. Sie gehen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben ein hohes persönliches Risiko ein – das verdient unsere Anerkennung. Um die Risiken so weit wie möglich zu verringern, wurde bereits die Erarbeitung eines Zusatzprotokolls zur VN Konvention von 1994 über Sicherheit und Schutz von VN-Personal in Krisenregionen auf die Tagesordnung der 56. GV gesetzt. Auch die Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen Sicherheit müssen verstärkt werden. Die Bundesregierung unterstützt dieses Vorhaben: Nicht zuletzt gebührt ihm im Rahmen der laufenden Haushaltsverhandlungen Priorität.

Der VDBIO hat sich seit seinen Anfangstagen von 12 deutschen Bediensteten der Genfer VN-Organisationen zu einem stattlichen Verband mit rund 700 Mitgliedern mit Arbeitskreisen an 12 VN-Standorten entwickelt. Das Auswärtige Amt versteht sich als Partner des Verbandes. Unsere gemeinsame Feier heute soll Ihnen zweierlei zeigen. Wir erkennen Ihre Arbeit an. Sie dient auch den Interessen Deutschlands. Und wir wollen weiter

gemeinsam mit Ihnen für eine qualitativ und quantitativ bessere deutsche Personal-Repräsentanz in den Internationalen Organisationen arbeiten. Das schließt auch die Personalfürsorge ein.

Das wesentliche Kapital der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen sind Sie, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Der Stellenwert des Personals schlägt sich in den ordentlichen Haushalten nieder: Im Durchschnitt entfallen 70 % der Ausgaben auf Personalkosten. Fast alle VN-Organisationen haben in den vergangenen Jahren wegen akuter Finanzprobleme Personal abgebaut. Eine Umkehr dieses Trends ist in nächster Zeit leider nicht absehbar.

Dazu kommt: Gegenüber der Aufbauphase der Sekretariate in den 60er und 70er Jahren hat sich heute die Konkurrenz um jede VN-Stelle verschärft.

Nach den VN-Statuten soll das bestqualifizierte Personal eingestellt werden. Wie eine VN-Gerichtsentscheidung vor wenigen Jahren bestätigt hat, geht die Qualifikation eines Bewerbers dem Kriterium der ausgewogenen geographischen Verteilung vor. An diesem Prinzip wollen wir nicht rütteln. Wir wollen aber auch sicherstellen, dass qualifizierte deutsche Kandidaten ihre faire Chance erhalten.

Und wir wollen helfen, dass deutsche Kandidaten sich besser qualifizieren können. Das ist auch eine der Aufgaben des Auswärtigen Amts und seiner Auslandsvertretungen vor Ort.

Sie wissen: Im Hinblick auf das Kriterium der ausgewogenen geographischen Verteilung errechnet sich die Personalquote für jedes Land nach drei Faktoren: Beitragsfaktor von 55 %, Mitgliedschaftsfaktor von 40 % und Bevölkerungsfaktor 5 % . Der Finanzbeitrag ist also nicht der alleinige Maßstab für Stellenbesetzung. Deutschland lag bis 1997 im VN-Sekretariat innerhalb des Sollstellenrahmens, der sog. "desirable range", danach knapp darunter. Ich kann Ihnen an dieser Stelle die erfreuliche Mitteilung machen, dass sich Deutschland seit kurzem mit 129 Mitarbeitern wieder innerhalb der "desirable range" befindet.

Auf dem VN-"Roster" stehen noch junge Deutsche, die für künftige Einstellungen vorgesehen sind. Wir haben erreicht, dass Deutsche auch 2002 - trotz Erreichens der "desirable range" - am nationalen Auswahlverfahren der VN in Deutschland teilnehmen dürfen.

Warum sind manche unserer Partner unstreitig besser vertreten? Es liegt nicht an der Qualifikation. Wir haben erstklassige junge Leute auf dem Markt, die sich mit den Eliten der Nachbarn problemlos messen können. Unsere korrekt-zurückhaltende Art in der Vergangenheit hat die Stärken und Qualitäten unserer Bewerber in der Konkurrenz zu anderen Ländern und Vorgehensweisen vielleicht bei den Verantwortlichen nicht immer deutlich genug hervortreten lassen.

Wer sich bei unseren Nachbarn umsieht, erkennt, dass sie mit beachtlichen Personalstäben in der Zentrale Positionen und Karrieren in den internationalen Organisationen verfolgen.

Wir haben davon gelernt und einen Anfang gemacht. Die Ernennung von Botschafter Dr. Hoffmann zum Koordinator für Internationale Personalpolitik unterstreicht unsere neue Linie.

Die Personalverantwortlichen im VN-System klagen über Rekrutierungsprobleme bei hochqualifizierten Fachkräften aus Industrieländern mit hohem Gehaltsniveau. Auch Nachwuchskräfte aus Industrieländern sind immer schwerer zu halten. 1998 überstiegen erstmals die freiwilligen Kündigungen die Pensionierungen. Ein Grund dafür ist die nachlassende Attraktivität der Beschäftigungsbedingungen. Nach vergleichenden Untersuchungen ist das Gehaltsniveau der VN niedriger als bei anderen internationalen Organisationen. Mit einer Reihe von Maßnahmen und Programmen, die in der vorgehenden Diskussion bereits angesprochen wurden, will die Bundesregierung den Dienst bei den VN attraktiver machen.

Mit der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse folgen die VN einem weltweit zu beobachtenden Trend. Es gibt zunehmend befristete Anstellungen. Kettenarbeitsverträge bieten nur geringe Arbeitsplatzsicherheit. In den Verhandlungen über eine Reform des "human resources management" hat sich das Auswärtige Amt für eine Verstetigung der Beschäftigungsverhältnisse eingesetzt.

Lassen Sie mich unterstreichen:

Die Bundesregierung misst einer angemessenen Vertretung deutschen Personals in inter- und supranationalen Organisationen eine herausragende Bedeutung bei. Je interdependenter die Welt wird, je unverzichtbarer multilaterale Lösungsansätze werden, umso wichtiger ist es, den deutschen Beitrag bei der globalen Ordnungspolitik auch durch einen über Einfluss verfügenden Personalanteil zu sichern. Die Bundesregierung ist deswegen besonders bemüht, den Anteil deutscher Bediensteter dort zu steigern, wo Deutschland bisher unterrepräsentiert ist. Sie weiß auch, dass aufgrund der starken Pensionierungswelle kommender Jahre der deutsche Anteil an Spitzenpositionen absinkt. Letzteres betrifft bei den Vereinten Nationen insbesondere das Sekretariat in New York, aber auch Sonderorganisationen wie IAEO und ILO. Bei anderen Organisationen wie WHO, WIPO, WMO und UNESCO ist das deutsche Bewerberaufkommen zu gering. Wir müssen den Dienst im multilateralen Bereich attraktiver machen. Dies ist auch eine Forderung der Anfang September im Auswärtigen Amt veranstalteten 2. Botschafterkonferenz.

Eines der Probleme stellen die Renten- und Versorgungs-Anwartschaften dar. Fehlende Übertragbarkeit von Rentenansprüchen für deutsche Bewerber in der Mitte ihres Berufslebens ist oft ein wichtiges Hindernis, eine internationale Tätigkeit aufzunehmen. Ein Rentenübertragungsabkommen mit dem Pensionsfonds des VN-Systems würde den Dienst bei den Vereinten Nationen attraktiver machen. Aus Ihrem Verband wurden entsprechende Vorstellungen an die Bundesregierung herangetragen.

Ich kann Ihnen versichern: Das Auswärtige Amt setzt sich innerhalb der Bundesregierung dafür ein, dass ein solches Transferabkommen geschlossen wird. Die Frage wird jetzt von den Fachressorts sorgfältig geprüft. Ich bin zuversichtlich, dass sie binnen Jahresfrist geklärt werden kann.

Lebensarbeitsplätze sind im VN-System längst nicht mehr die Regel. Oft genug kehren deshalb deutsche Bedienstete zurück und können auf dem hiesigen Arbeitsmarkt nicht so

schnell eine Beschäftigung finden. Vom VDBIO wird seit langem beklagt, dass eine Einbeziehung in die deutsche Arbeitslosenversicherung (und damit in die gesetzliche Krankenversicherung) ausgeschlossen bleibt. Manche ehemalige Bedienstete stehen ohne Krankenversicherung da und haben erhebliche Schwierigkeiten, die Prämien zur privaten Krankenversicherung zu bezahlen.

Die Lage der nach Deutschland zurückkehrenden Bediensteten, die ja auch im Interesse der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt waren, bleibt uns auch in schwierigen Haushaltslagen ein Anliegen. Das Auswärtige Amt wird sich daher im kommenden Jahr erneut dafür einsetzen, dass diesen ehemaligen Bediensteten zwischen- und überstaatlicher Organisationen in bestimmten Fällen auch Beiträge zur privaten Krankenversicherung gezahlt werden können.

Das Auswärtige Amt leistet seit 1977 zur Verbesserung der sozialen Sicherung unseres internationalen und europäischen Personals Überbrückungsbeihilfen in Form eines Arbeitslosen-Ersatzgelds. Schon im letzten Jahr hat das Auswärtige Amt eine Verbesserung bei der Richtlinie für Überbrückungsbeihilfe durchgesetzt. Nun können Zahlungen Internationaler Organisationen angerechnet werden. Früher entfiel der Anspruch auch beim geringfügigsten Bezug einer ausländischen Leistung.

Gute Nachrichten auch für aus dem öffentlichen Dienst Kommende:
Die Entsenderichtlinien wurden deutlich verbessert. Das bedeutet z.B.: Bei ansonsten gleicher Qualifikation mehrerer für ein Beförderungsjahr anstehender Beamter ist eine erfolgreich absolvierte Tätigkeit in Internationalen Organisationen als "zusätzliches Qualifikationsmerkmal" zu werten. Insoweit bindet sich die öffentliche Verwaltung selbst.

Doch wir wollen mehr: Als weiterer Schritt in die richtige Richtung wird die Bundeslaufbahnverordnung schon bald angepasst. Dann erhält der betreffende Beamte einen subjektiven Anspruch auf Berücksichtigung dieses "zusätzlichen Qualifikationsmerkmals". Meine Damen und Herren, damit vollzieht sich ein längst überfälliger Wandel in der "öffentlichen Unternehmenskultur" Deutschlands.

Zur Verbesserung der Wiedereingliederungspraxis sind wir gerade dabei, die Beurteilungen inter- und supranationaler Organisationen mit dem nationalen Beurteilungswesen kompatibel zu machen.

Damit tragen wir einem immer wieder vorgebrachten Anliegen Rechnung.

Das Auswärtige Amt hat seit August dieses Jahres als weitere Dienstleistung für die deutsche Öffentlichkeit den ersten umfassenden "Stellenpool" auf seiner Website eingerichtet. Hochqualifizierte potentielle Kandidaten gibt es. Doch sie müssen von offenen Positionen erfahren. Hier schafft dieser neue "Stellenpool" einen optimalen Überblick. Auf der Homepage des AA werden alle bekannten Ausschreibungen zusammengeführt und sind nach wenigen Suchbegriffen (z.B. Berufserfahrung, Dienort, gewünschtes Land, Organisation) abrufbar. Informationen über 500 offene Positionen sind derzeit laufend allgemein zugänglich.

Im Werden befindet sich nun das logische Gegenstück zum Stellenpool, der "Personalpool". In ihm sollen möglichst bald Interessenten für internationale Einsätze

Aufnahme finden. Das Potential ist da. Es befindet sich in unseren Bundes- und Landesbehörden, im akademischen Bereich, in den Verbänden, den Förderungswerken, den politischen Stiftungen. Sie müssen nur angesprochen werden. Dies geschieht jetzt laufend.

Das Auswärtige Amt wird Anfang Dezember am VN-Standort Bonn erstmals einen Vorbereitungskurs mit Blick auf das VN-Auswahlverfahren durchführen.

Als wesentliche „Säule“ der deutschen Nachwuchsförderung hat sich das beim BMZ angesiedelte Programm der Bundesregierung zur Förderung von „Beigeordneten Sachverständigen zu internationalen Organisationen“ erwiesen. Hier werden seit Mitte der 70'er Jahre jährlich etwa 30 junge Deutsche als Nachwuchspersonal in die entwicklungspolitisch relevanten Bereiche u.a. bei VN-Organisationen entsandt. Die Übernahmequote bis zu 58 % spricht für den Erfolg des Programms. Wo sonst gibt es einen solchen "return on investment"!

Deutschland steht mit diesem Programm in „Konkurrenz“ zu derzeit einem Dutzend anderer Industrienationen, die ähnliche Programme seit Jahrzehnten fördern, teilweise in wesentlich größerem Umfang als wir. Um so wichtiger ist es jetzt für die Bundesregierung, dieses Programm auch weiterhin intensiv in die deutsche Personalentwicklung bei internationalen Organisationen einzubinden und entsprechend finanziell auszustatten. Dabei unterstützt das Auswärtige Amt nachdrücklich die Bemühungen des BMZ um zusätzliche Mittel.

Meine Damen und Herren,
bei der Stärkung und Verstetigung deutscher Präsenz im VN-System kommt es auf Ihre Rolle besonders an. Der VDBIO hat schon Grundlegendes beim Aufbau und der Unterhaltung eines Netzwerks zwischen seinen Mitgliedern an den verschiedenen VN-Standorten und den jeweiligen deutschen Auslandsvertretungen sowie dem Bundestag, der Bundesregierung und den Institutionen, die sich der Personalwirtschaft und insbesondere der Nachwuchsförderung widmen, geleistet. Ihm gebührt auch deshalb Dank und Anerkennung.
Unsere Bemühungen sind hier gleichgerichtet. Ich hoffe, dass wir unser gemeinsames Netzwerk noch enger knüpfen können. Im Ergebnis streben wir alle ein noch engeres und festeres - möglichst "reiðfestes" - Netz an.
Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Praktische Tipp:

Bankgebühren bei Überweisungen aus der Schweiz nach Deutschland

Die Notiz auf Seite 26 im Rundbrief 110 zum Thema "Bankgebühren bei Rentenüberweisungen", die sich auf den Abdruck eines in Englisch verfassten Beitrages im "Lettre aux anciens fonctionnaires Nr. 29" beschränkt, bedarf einiger Erläuterungen.

Keine Gebühren verlangt die UBS für den Empfang von regelmäßigen Zahlungen der Pensionskasse der UN oder des CERN auf das Konto des Berechtigten. Übrigens hat es dazu im Fall von CERN keiner speziellen Übereinkunft bedurft.

Dagegen verlangt die UBS für jede Überweisung von Schweizer Franken (einzeln oder als Dauerauftrag) auf ein Konto bei einer Bank in Deutschland 5 CHF.

Komplikationen ergeben sich durch die Tatsache, dass die Umrechnung von CHF in EURO zentral in Frankfurt erfolgt. Dafür wird eine Gebühr von 10 EU erhoben. Großzügig verlangte deshalb die Commerzbank von mir keine weiteren Gebühren mit dem Hinweis: *Für diese Zahlung aus dem Ausland wurden bereits Gebühren durch eine inländische/erstbeauftragte Bank vereinnahmt.*

Eine Überweisung nach Deutschland geht aber bis auf die moderate Gebühr der UBS auch zum Nulltarif. So erhebt die Deutsche Postbank keine Kontogebühren, wenn monatlich *regelmäßige* Zahlungen von wenigstens 2000 DM auf das eigene Postbankkonto eingehen. Ich habe bisher auch die 10 EU nicht bezahlen müssen. Bei der Umrechnung von Schweizer Franken in Deutsche Mark wird von der Postbank der günstige Devisenkurs und nicht der Notenkurs vom jeweiligen Tage zu Grunde gelegt.

Jeder Pensionär in Deutschland sollte deshalb mit seiner Hausbank die Gebühren für die Überweisung seiner UN- oder CERN-Pension aushandeln.

Manfred Höfert

Personalien

Seine letzte Rede vor dem Plenum des **Deutschen Bundestages** hielt am 22. Juni während der Aussprache zur deutschen UN-Politik Dr. **Eberhard Brecht**, der wenige Tage darauf sein Mandat niederlegte. Brecht war im Mai mit einem Stimmenanteil von 56,6 vH im ersten Wahlgang zum Oberbürgermeister seiner Heimatstadt Quedlinburg gewählt worden. Der Sozialdemokrat gehörte von März bis Oktober 1990 der ersten frei gewählten Volkskammer und seither dem Deutschen Bundestag an. Vorsitzender des Unterausschusses ‚Vereinte Nationen/Internationale Organisationen‘ des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages war er seit dessen Konstituierung im September 1991. Vom Herbst 1991 bis Anfang 2001 gehörte er dem Vorstand der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen an; Stellvertretender Vorsitzender der DGVN war er von Ende 1993 bis Ende 1999.

Nachfolger Brechts als Vorsitzender des Unterausschusses ist seit Ende Juni **Christoph Moosbauer** (SPD). Damit ist der am 31. Mai 1969 in Garmisch-Partenkirchen geborene Abgeordnete der jüngste Ausschussvorsitzende in der laufenden Legislaturperiode. 1997 hatte Moosbauer nach dem Studium der Politischen Wissenschaft, der Mediävistik und der Rechtswissenschaft den Grad eines Magisters erworben; 1998 wurde er als Abgeordneter des Wahlkreises München-Süd in den Bundestag gewählt. Vorstandsmitglied des Landesverbandes Bayern der DGVN ist er seit 1993. Moosbauers Interesse gilt der Reform des Sicherheitsrats; ihm zufolge wird der Unterausschuss „weiterhin vehement für die Stärkung der Vereinten Nationen eintreten“.

Einen neuen Leiter hat die ‚Abteilung für Globale Fragen, Vereinte Nationen, Menschenrechte und humanitäre Hilfe‘ des **Auswärtigen Amtes** seit dem 1. August: **Bernd Mützelburg**, zuvor stellvertretender Leiter der aussen- und sicherheitspolitischen Abteilung

im Bundeskanzleramt, folgte Dr. Günther Altenburg nach, der jetzt Beigeordneter Generalsekretär der NATO in Brüssel ist. Mützelburg, der am 17. Januar 1944 in Mainz geboren wurde, trat nach dem Jura-Studium in Mainz und Marburg 1972 in den Auswärtigen Dienst ein. Von 1981 bis 1985 war an der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York eingesetzt; in dieser Zeit war er unter anderem mit der auf die Vermeidung neuer Flüchtlingsströme abzielenden Flüchtlingsinitiative der Bundesrepublik Deutschland befasst (vgl. seinen Beitrag in VN 4/1985 S. 122ff.). Von 1991 bis 1995 war er Botschafter in Kenia - und zugleich Ständiger Vertreter beim UN-Büro Nairobi -, von 1995 bis 1999 Botschafter in Estland. Mützelburg ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Ebenfalls zum 1. August hat es innerhalb dieser Abteilung einen Wechsel in der Leitung des für Grundsatzfragen der Vereinten Nationen, den Sicherheitsrat und die UN-Friedensoperationen zuständigen Referats GF01 gegeben: Dr. **Georg Witschel**, zuvor an der Ständigen Vertretung in New York tätig, löste Dr. Wolfgang Trautwein ab, der nunmehr Beauftragter des Auswärtigen Amts für Nah- und Mittelostpolitik ist. Die übrigen acht Referatsleiter der Abteilung (s. VN 2/2001 S.69) blieben auf ihrem Posten.

Für die Weltbankgruppe, den IMF und Fragen der Entschuldung ist seit dem 1. Juli Dr. **Jürgen Zattler** als Leiter des Referats 401 im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zuständig.

Von der Deutschen Bundesbank in Frankfurt am Main kommt Dr. **Karlheinz Bischofberger**, der seit dem 15. August neuer deutscher Exekutivdirektor beim **IMF** in Washington ist.

Den deutschen Juristen Dr. **Albin Eser** hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 12. Juni unter die 27 Richter gewählt, die dem Internationalen Gericht für das ehemalige Jugoslawien (**ICTY**) auf Abruf zur Verstärkung zur Verfügung stehen; die Einrichtung des Amtes der ‚Ad-litem-Richter‘ für die bestehenden Strafgerichtshöfe wurde mit einer Änderung der Statuten durch den Sicherheitsrat in dessen Resolution 1329(2000) (Text VN3/2001 S. 121ff.) geschaffen. Eser erzielte, nachdem die Bundesregierung die beiden anderen als Kandidaten benannten Deutschen Michael Grotz und Ingo Risch zurückgezogen hatte, in der Generalversammlung mit 129 Stimmen gemeinsam mit der tschechischen Kandidatin Platz 10. Die Amtszeit beträgt vier Jahre. Eser, der am 26. Januar 1935 in Leidersbach (Unterfranken) geboren wurde, wurde 1962 in Würzburg zum Dr. iur. utr. promoviert; das zweite Staatsexamen legte er 1964 ab. Der Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht und emeritierte Professor für Strafrecht, Strafprozessrecht und Strafrechtsvergleichung der Universität Freiburg zählt zu den weltweit herausragenden Experten für internationales Strafrecht.

Quelle: Zeitschrift „Vereinte Nationen“ 4/2001

Mitgliedsbeiträge

Sfr. 85.- Euro/US\$ 55.- (für P3 und höher, CERN: ab Grad 10)

Sfr. 55.- Euro/US\$ 35.- (Gen.Serv. und P1/P2; CERN: bis Grad 9)

Sfr. 48.- Euro/US\$ 30.- (VN-Pensionäre und ehemal. Bedienstete)

**Bitte beachten Sie die VDBO-Homepage unter:
www.vdbio.ch
mit neuesten Nachrichten, Hinweise auf kommende
Veranstaltungen, usw.**